

# Nichtraucherschutz

## „Ein Verbot wäre nur schwer durchsetzbar“

Liechtenstein will in Sachen Rauchverbot keinen Alleingang wählen. Gesundheitsminister Hansjörg Frick verfolgt den internationalen Trend jedoch aufmerksam mit. [...] Regierungsrat und Gesundheitsminister Hansjörg Frick erachtet die in der Schweiz angekündigten Massnahmen aus gesundheitspolitischer Sicht grundsätzlich für unterstützenswert. [...] „Liechtenstein wird den internationalen Trend mitverfolgen und keinen Alleingang wählen“, so Frick. „Allein schon deshalb, weil wir durch den wirtschaftlichen Zusammenschluss mit der Schweiz auf einzelne Massnahmen, wie beispielsweise den Tabakpreis, keinen Einfluss nehmen können.“ [...] In Amerika ist das öffentliche Rauchverbot durchwegs auf Akzeptanz gestossen. „Auch Irland hat in den Restaurants das Rauchen komplett verboten, weiss Frick und fügt hinzu: „Ein derartiges Verbot wäre meines Erachtens bei uns nur schwer durchsetzbar.“ Dennoch seien Massnahmen zum Schutz der Nichtraucher zu prüfen und anzustreben. „Ich bin der Ansicht, dass an öffentlichen Plätzen wie Restaurants, Cafés, Theater etc. rauchfreie Zonen geschaffen werden sollten. Darüber hinaus ist auch der Arbeitnehmerschutz bzw. der Schutz vor dem Passivrauchen von grosser Bedeutung“, sagt Frick, der selber Nichtraucher ist. [...]

Liechtensteiner Vaterland, 22. Juli 2004, Seite 1.

## Nichtraucherschutz naht

Das von der Jungen FBP Anfang dieses Jahres lancierte Anliegen des Schutzes der Bevölkerung vor gesundheitsschädigendem Passivrauchen wird noch vor der Sommerpause von der FBP-Fraktion im Landtag eingebracht. Das ist das Ergebnis des gestrigen Informations- und Diskussionsabends der Jungen FBP in Vaduz. [...]

Liechtensteiner Volksblatt, 31. März 2006, Seite 1.

## Schutz vor Passivrauchen

Die FBP-Fraktion hat ein Postulat eingereicht, das den Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen zum Ziel hat. [...] Die Postulanten halten ausdrücklich fest, dass mit ihrem Vorstoss „kein generelles Rauchverbot angestrebt“ werde. Wörtlich heisst es: „Jedem und jeder ist es überlassen, so viel zu rauchen wie er oder sie will. Das Postulat hat den Schutz derer zum Inhalt, die dem Tabakrauch unfreiwillig ausgesetzt sind, daran Schaden nehmen und sich nicht selbst davor schützen können. Das Postulat will die Verursacher nicht unzulässig einschränken, sondern Klarheit und Freiräume schaffen. Die Auswirkungen einer klaren Regelung wären kostenneutral und vermögen gar positive wirtschaftliche Anreize zu schaffen. Sie hat das Potenzial, Krankheits- und andere Kosten massiv zu senken und entspricht einem verantwortungsvollen Denken.“ [...] Gemäss Postulat soll die Regierung prüfen, „welche rechtlichen Anpassungen notwendig sind und allfällige Massnahmen in Vorschlag bringen, um Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, die öffentliche Verwaltung sowie Räume und Verkehrsmittel, die für den freien Zugang beziehungsweise die Nutzung durch die Allgemeinheit bestimmt sind, rauchfrei zu halten. Insbesondere ist das Augenmerk auf die Gastronomie zu richten, wobei die Regierung prüfen sollte, ob hier zwischen Bars, Diskotheken und Restaurants unterschieden werden sollte oder kann.“ [...]

Liechtensteiner Volksblatt, 28. April 2006, Seite 1.